

BESCHLUSS:

Mit Sicherheit in die Zukunft

—

Besser leben in Schleswig-Holstein

Mit Sicherheit in die Zukunft - Besser leben in Schleswig-Holstein

Sicherheit ist der Schutz der Gesellschaft vor Kriminalität, Terrorismus und anderen Bedrohungen. Gerade in Zeiten, in denen sich die Menschen immer unsicherer fühlen, die Kriminalität in vielen Bereichen steigt und die Bedrohung von Terrorismus immer größer wird, ist es wichtig, dass wir uns der Ängste und Unsicherheiten der Bevölkerung annehmen und Lösungen bereitstellen. Die Menschen in Schleswig-Holstein erwarten zu Recht, dass ihre körperliche Unversehrtheit, ihre freien Entfaltungsmöglichkeiten und ihre Sachwerte durch den Staat und seine Institutionen geschützt werden. Für uns als CDU ist es ein Wesensmerkmal, sich für die Innere Sicherheit stark zu machen. Wir wollen unseren Bürgern wieder eine sichere Heimat geben. Bei der Sicherheit dürfen niemals Abstriche gemacht werden – dafür setzen wir uns ein.

Starke Polizei, sicheres Land: Eine CDU-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Polizei endlich wieder flächendeckend für Sicherheit sorgen kann. Wir wollen eine Dienststellenstruktur in der Landespolizei schaffen, die in unseren Städten und Gemeinden gleiche Streifenanteile und tatsächliche Erreichbarkeiten der Polizei sicherstellt. Lange Anfahrtswege und wartende Bürger darf es nicht geben. Anhalte- und Sichtkontrollen sollen im Rahmen des Streifendienstes auch künftig jederzeit möglich sein. Daher werden wir die Schließung von Dienststellen beenden und eine Rückkehr in der Fläche sicherstellen. Hierfür sind bessere Rahmenbedingungen für die Polizistinnen und Polizisten im Land jedoch unabdinglich. Die derzeitige Arbeitsüberlastung muss endlich ein Ende haben. Es kann nicht sein, dass aufgrund der Überbeanspruchung die Fehltage seit Jahren, zuletzt sogar auf 27 Fehltage pro Polizist und Jahr, steigen. **Daher werden wir in Schleswig-Holstein für eine personelle Aufstockung durch jährliche Neueinstellungen von 400 Polizistinnen und Polizisten sorgen.** Um die Besetzung zu gewährleisten, muss im gleichen Zuge die Attraktivität des Polizeiberufs sichergestellt werden. Wir werden mit einem verlässlichen Beförderungs- und Strukturkonzept im Volumen von vier Millionen Euro die Beförderungszeiten in allen Laufbahngruppen spürbar verringern, die Besoldungsstruktur ausweiten und größtmögliche Durchlässigkeit zwischen den Laufbahngruppen sicherstellen. Weiterhin werden wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Gesundheitsvorsorge und Materialausstattung wesentlich verbessern und modernisieren. Nur so können wir eine Dienststellenstruktur in der Landespolizei schaffen,

die in allen Regionen Schleswig-Holsteins Polizeistreifen sicherstellt und für die Menschen erreichbar ist. Nicht zuletzt hat der gefahrvolle Dienst zur Sicherheit der Gesellschaft eine besondere Fürsorgekultur verdient: Misstrauensbekundungen wie den Polizeibeauftragten oder die Kennzeichnungspflicht gehören abgeschafft! Unsere Polizei hat unser Vertrauen verdient. Wir werden auch die zunehmenden Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten selbst nicht hinnehmen. Dafür können Polizisten künftig auch Body Cams im Einsatz tragen.

Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass der Begriff der „Öffentlichen Ordnung“ gesetzlich wieder eingeführt wird. Es gehört zu den zentralen Aufgaben von Polizei und Ordnungsbehörden sowohl die öffentliche Sicherheit als auch die öffentliche Ordnung herzustellen. Das muss auch im Gesetz sichtbar werden.

Sichere Heimat, sicheres Heim: Eine CDU-geführte Landesregierung wird dem Wohnungseinbruch den Kampf ansagen. Bereits eine flächendeckend starke Polizei wird sich unmittelbar auf die Situation beim Wohnungseinbruch auswirken. Zum einen durch Abschreckung, zum anderen durch Ermittlungserfolge. Doch auch darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass Schleswig-Holstein nicht länger an der Spitze der Anzahl an Wohnungseinbrüchen steht. Vor dem Hintergrund des Anstiegs der Einbruchsdelikte allein im Jahr 2015 um 12,3 Prozent und dem gleichzeitigen Rückgang der Aufklärungsquote auf 8,9 Prozent, muss endlich gehandelt und den Einbrecherbanden konsequent das Handwerk gelegt werden. Wie das geht, zeigen bereits andere unionsgeführte Bundesländer mit dauerhaft eingerichteten Einbruchdezernaten, ausreichend qualifiziertem Ermittlungspersonal und Einsatz modernster Analyse- und Auswertungsprogramme. Zur Prävention wird eine CDU-geführte Landesregierung die wegweisenden Programme der Bundesregierung wie beispielsweise zur baulichen Verbesserung des Einbruchschutzes ergänzen. Das gilt insbesondere für das KfW-Förderprogramm für Wohnungseigentümer zum Einbruchschutz. Die nach viereinhalb Regierungsjahren angekündigten Maßnahmen der jetzigen Landesregierung sind nicht ausreichend. Was wir jetzt brauchen, ist eine schlagkräftige, landesweite Sonderkommission zum Thema Einbruchdiebstahl beim Landeskriminalamt (LKA), die in enger Abstimmung mit den norddeutschen Nachbarländern schlüssige Handlungskonzepte erarbeitet. Dabei sollte endlich auch auf

prognostische Programme wie Precobs (Pre Crime Observation System) zugegriffen werden, die heute schon erfolgreich beispielsweise im Großraum München genutzt werden.

Recht muss durchgesetzt werden: Eine CDU-geführte Landesregierung wird auch sogenannte Alltagskriminalität wieder entschieden bekämpfen. „Wehret den Anfängen“ muss die Leitlinie für die politische Führung eines starken Staates sein. Die Unterscheidung von Recht und Unrecht muss im Kleinen ebenso wie im Großen gelten. Denn jeder kleinste Rabatt auf unsere Rechtsordnung schafft Präzedenzfälle für die nächste Kapitulation vor Unrecht. Fundamentale Rechte wie Meinungs- und Religionsfreiheit, Selbstbestimmung von Mann und Frau sowie das Gewaltmonopol des Staates dürfen nicht ansatzweise zur Disposition gestellt werden. Wir werden die von der jetzigen Landesregierung verordnete Bagatellisierung bestimmter Straftaten, die Relativierung des Strafverfolgungszwangs und das Zurückfahren polizeilicher Ermittlungsarbeit beenden. Weiterhin werden wir die Videoüberwachung im öffentlichen Raum verstärken, Nachbarschaftsprojekte fördern und Ordnungsdienste umfassender ausstatten. Es kann nicht sein, dass Recht und Ordnung, aufgrund von Überforderung der Landesregierung, nicht länger eingehalten werden. Wie sehr ein solches Vorgehen das Vertrauen der Menschen in den Staat erschüttert, hat gerade erst im vergangenen Jahr die Dunkelfeldstudie in Schleswig-Holstein gezeigt, wonach die Anzeigebereitschaft der Menschen stetig sinkt. So wird aufgrund des mangelnden Vertrauens in die Handlungsfähigkeit der Landespolizei nur noch jeder dritte Wohnungseinbruchversuch, jede vierte Körperverletzung und nicht einmal jedes zehnte Sexualdelikt bei der Polizei angezeigt. Wir begreifen diesen Zustand als klaren Auftrag an den Rechtsstaat, endlich wieder Stärke zu zeigen, die massiven Defizite zu beheben und für Recht und Ordnung zu sorgen.

Organisierter Kriminalität organisiert entgegenzutreten: Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Digitalisierung und Vernetzung der Sicherheitsbehörden konsequent vorantreiben. Ein wichtiges Mittel zur systematischen Verfolgung organisierter Kriminalität sind automatische Kennzeichenlesesysteme an Autobahnen. Während bereits fast alle Landesregierungen in Deutschland gute Erfahrungen hiermit machen und auch der Bund aktuell die rechtlichen Voraussetzungen für die Bundespolizei

schaft, ist Schleswig-Holstein ausgerechnet als Transit- und Grenzland wieder einmal Schlusslicht. Weiterhin sind Möglichkeiten, Handys für die Verbrechensaufklärung und Strafverfolgung schnell auslesen zu können, wichtig. Wir werden die Nutzung automatischer Kennzeichenlesesysteme sowie die digitale Ausstattung der Landespolizei schnellstmöglich in die Wege leiten.

Eine weitere Maßnahme zur Verfolgung organisierter Kriminalität ist die konsequente Zusammenführung von Daten und Informationskanälen über die Landesgrenzen hinweg, insbesondere im Hamburger Umland. Hier muss sich Schleswig-Holstein endlich mit vollem Einsatz für einen reibungslos funktionierenden Föderalismus beim Thema Sicherheit einbringen. Wir werden die Zusammenarbeit bei der Nutzung gemeinsamer Daten vorantreiben; denn entscheidend ist, dass die Länder gemeinsame Strukturen nutzen und keine Sonderwege gehen. Hierbei gilt: Datenschutz ist auch im digitalen Zeitalter kein Selbstzweck. Die CDU achtet darauf, dass die Abwägung zwischen Datenschutz und den Belangen der öffentlichen Sicherheit sorgfältig und ohne ideologische Vorfestlegungen vorgenommen wird. Berechtigte Anliegen eines wohlverstandenen Datenschutzes dürfen nicht dafür missbraucht werden, Laissez-faire und Misswirtschaft bei der öffentlichen Sicherheit salonfähig zu machen und von eigenen Versäumnissen abzulenken.

Cyberkriminalität bekämpfen: Eine unionsgeführte Landesregierung wird dafür sorgen, dass Polizei und LKA auch im Netz schlagkräftig werden. Wie in anderen Bereichen fehlt es der schleswig-holsteinischen Landespolizei ebenso auf dem immer wichtiger werdenden Gebiet der Cyberkriminalität an Stellen und Spezialisten. Oft haben junge Polizisten nicht die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu nutzen, da sie in anderen Bereichen der Landespolizei eingesetzt werden. Die Landespolizei braucht jedoch dringend eigene schlagkräftige Einheiten, die sich ausschließlich mit Cyberkriminalität auch im Darknet intensiv befassen. Zum besseren Schutz vor Cyberkriminalität werden wir auch die Medienkompetenz fördern.

Möglichkeiten zur Prävention voll ausschöpfen: Eine CDU-geführte Landesregierung wird Prävention systematisch und konkret vorantreiben. Präventionsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie muss daher in enger Abstimmung mit den Kommunen geschehen, denen die Polizei als starker und verlässlicher Partner zur Seite steht. Wir

werden die Prävention an Kindergärten und Schulen intensivieren und diese Arbeit auch als Türöffner für den unbefangenen Kontakt zwischen Kindern und der Polizei nutzen. Insbesondere für junge Menschen aus anderen Kulturkreisen ist die Wahrnehmung der Polizei als Freund und Helfer ein Stück konkreter Integration. Die steigende Zahl religiös motivierter Extremisten, insbesondere Salafisten, erfordert ebenfalls mehr Investitionen in die Präventionsarbeit. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die Polizei in der Verkehrserziehung und Radfahrerprüfung präsent ist, um so die unrühmliche „Spitzenposition“ Schleswig-Holsteins der Unfälle von Kindern als Fußgänger und Radfahrer zu beenden. Zur Prävention gehört auch die Schulung junger Menschen im Umgang mit den sozialen Medien und eine umfassende Gefahrensensibilisierung für die digitale Welt. Das werden wir als verpflichtende Unterrichtseinheit festschreiben. Es ist wichtig, bereits frühzeitig zu verhindern, dass junge Menschen auf die schiefe Bahn geraten. Deswegen werden wir gemeinsam mit den Kommunen ein Handlungskonzept zum konsequenten Vorgehen gegen Schulschwänzen erstellen. Indem wir diesen jungen Menschen helfen und behertzt eingreifen, können vorzeitige Schulabbrüche und das daran häufig anschließende Abgleiten in die Kriminalität verhindert werden.

Kompetenzen der Bundeswehr zur Terrorbekämpfung nutzen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr auch im Inland eingesetzt werden kann. Vor dem Hintergrund der immer größer werdenden Gefahr von terroristischen Anschlägen ist es notwendig, dass gesetzlich gewährleistet wird und rechtliche Klarheit besteht, dass die Bundeswehr bei Notlagen auch im Inneren eingesetzt werden kann. Die jetzige Rechtslage wälzt die Unsicherheit auf unsere Soldaten ab. Wir wollen die Befugnisse der Streitkräfte ausweiten, sodass in extremen Situationen in Deutschland auch auf die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bundeswehr, insbesondere in der Terrorabwehr, zurückgegriffen werden kann. Selbstverständlich wird die Polizei nicht ersetzt, sondern bleibt die entscheidende Kraft, die tagtäglich die Innere Sicherheit gewährleistet und die Hoheit für die Durchsetzung der staatlichen Gewalt innehat. Gerade bei Großschadenslagen kann die Bundeswehr mit ihren überragenden technischen Mitteln, beispielsweise bei der ABC-Abwehr, der Aufklärung und dem Objektschutz die Polizeiarbeit ergänzen.

„Die äußere Sicherheit im Blick: Die sicherheitspolitische Lage sowie die politische und wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt erfordern einen substantiellen politischen Beitrag und die militärische Fähigkeit zur Krisenbewältigung sowie zur Landes- und Bündnisverteidigung. Schleswig-Holstein mit seiner hohen Anzahl an Soldaten, Soldatinnen und Zivilbediensteten, an Bundeswehrstandorten und mit einer vielfältigen, leistungsfähigen Wehrindustrie leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag. Eine unionsgeführte Landesregierung wird ihrer Verantwortung in diesem Rahmen gerecht werden. Soldatinnen und Soldaten sollen in unserem Lande in ihren Heimatgemeinden eine stabile Basis haben. Die wehrtechnische Industrie soll von einer wirtschaftsfreundlichen Landespolitik profitieren.“

Bekämpfung und Prävention: Eine CDU-geführte Landesregierung wird systematisch gegen Extremisten vorgehen. Egal ob links, rechts oder fundamentalistisch: Wer Menschen verletzt oder tötet, Unterkünfte in Brand setzt, Rettungskräfte gefährdet oder Eigentum mutwillig beschädigt, muss die ganze Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen. Neben aller Konsequenz bei Verfolgung und Bestrafung ist es jedoch genauso wichtig, bereits das Entstehen von Extremismus oder Terrorismus zu verhindern. Allen aufwachsenden Formen des Extremismus werden wir daher mit einem vernetzten Überwachungsdruck begegnen. Dazu gehört beispielsweise auch, dass technische Anwendungen wie elektronische Fußfesseln miteinbezogen werden. Es ist ein dringendes Alarmzeichen, dass sich die Zahl der Salafisten in Schleswig-Holstein seit 2012 um ein Drittel erhöht hat. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, dass Aktivisten dieser Szene insbesondere im Umfeld von Schulen ungestört um neue Anhänger werben. Dabei wird es auch wichtig sein, gezielt die muslimischen Verbände in die Präventionsarbeit miteinzubeziehen. Weiterhin muss die Polizei, bei konkreten Terrorgefahren in Deutschland, so ausgestattet sein, dass sie bei terroristischen Anschlägen die Situation vor Ort eindämmen kann. Dazu gehören eine bessere Schutzausrüstung und Bewaffnung, mehr Streifen und mobile Informationstechnik. Gefahrensituationen gilt es regelmäßig zu üben. Wir brauchen einen besseren Zugriff auf die Vorratsdatenspeicherung und werden das Landesverwaltungsgesetz und das Verfassungsschutzgesetz entsprechend ändern.

Durchsetzung des geltenden Rechts: Eine unionsgeführte Landesregierung wird die Justiz stärken. Ein sicheres Schleswig-Holstein erhalten wir nur mittels einer handlungsfähigen und durchsetzungsstarken Justiz. Durch eine immer größere Aufgabendichte herrscht ebenso wie bei der Polizei eine zu hohe Arbeitsbelastung. Die Folge ist, dass Verfahren immer länger dauern. Die Strafe muss der Tat jedoch möglichst auf dem Fuße folgen. Als CDU werden wir das Personal aufstocken und die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Verfassungsschutz weiter intensivieren, sodass Verfahren konsequent und zügig ablaufen können. Dabei wird der Ausbau des digitalen Rechtsverkehrs voranzutreiben sein. „Rechtshelfer“ wie Bürgerwehren oder Scharia-Polizei werden wir strikt unterbinden. Strafverfolgung ist und bleibt die alleinige Zuständigkeit es Landes.